

STAATSAZGEIGE

henzeitung für Wirtschaft, Politik



und Verwaltung in Baden-Württemberg

Staatsanzeiger für BW GmbH, Breitscheidstr. 69, 70176 Stuttgart
06431 PVST Deutsche Post
13/28/8088847
Bund Deutscher Forstleute
Landesverband BW
Dietmar Hellmann
Schloßweg 1
74869 Schwarzach

197

Forstverwaltung

Die Strukturen der Forstverwaltung in Baden-Württemberg werden sich verändern. Der Bund Deutscher Forstleute spricht von einem „historischen Ausmaß“. Das Einheitsforstamt wird es künftig nicht mehr geben. Dennoch sollen laut Forstminister Peter Hauk allen Waldbesitzern auch künftig Beratungs- und Betreuungangebote zur Verfügung stehen.

Von Stefanie Schlüter.

STUTTGART. Die Forstverwaltung in Baden-Württemberg stellt sich neu auf. Die Eckpunkte dazu hat das Kabinett in dieser Woche beschlossen. Hintergrund für die Forststrukturreform sind das laufende Kartellverfahren (siehe Kas-ten) gegen das Land sowie Änderungen im Bundeswaldgesetz. Die genaue Ausarbeitung der Eckpunkte soll in den kommenden zwei Jahren erfolgen.

Zum 1. Juli 2019 soll die Forstverwaltung in den neuen Strukturen arbeiten. Das bisherige Einheitsforstamt, das sowohl Staats-, Kommunal- und Privatwald bewirtschaftet hat, wird es dann nicht mehr geben. „An den hohen fachlichen Standards unserer Waldbewirtschaftung wird die Reform nichts ändern“, versicherte Forstminister Peter Hauk (CDU).

Staatswald wird in Anstalt des öffentlichen Rechts überführt

Der Staatswald wird künftig durch eine Anstalt des öffentlichen Rechts bewirtschaftet. Diese ist auch bereits im Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz vorgesehen. Sie soll ein Vorbildbetrieb werden. Sie wird in eine Betriebszentrale, regional zuständige Betriebsstellen und Forstreviere gegliedert.

Zugleich soll die Anstalt des öffentlichen Rechts auch Weiterbil-

Kabinett verabschiedet Eckpunkte für Strukturreform



Der Holzverkauf ist nur eine Aufgabe des Försters. Doch er war Auslöser für das Kartellverfahren gegen das Land. Nun werden Strukturen verändert. FOTO: DPA

Kartellverfahren gegen Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg führt vor dem Bundesgerichtshof einen Rechtsstreit mit dem Bundeskartellamt. Hintergrund ist, dass die Forstverwaltung des Landes gemeinsam Nadelstammholz aus verschiedenen Waldbesitzarten verkauft. Außerdem hat das Bundeskartellamt dem Land untersagt, dass es Betreuung

angebote für alle Waldbesitzer machen. Ziel ist es, weiterhin einen umfassenden Wissenstransfer zu gewährleisten.

Kommunen und private Waldbesitzer können ihre Wälder künftig selbst bewirtschaften oder diese Aufgabe an Dritte vergeben. Die Forstkammer Baden-Württemberg begrüßte die Wahlmöglichkeit. Zudem insbesondere für Kleinwaldbesitzer die unteren Forstbehörden der Stadt- und Landkreise auch weiterhin als Ansprechpartner zur Verfügung stünden. Denn diese

derung, etwa für Gemeinwohl und Naturschutzleistungen, soll in eine wettbewerbs- und beihilferechtlich angepasste direkte Förderung oder in andere Ausgleichsmöglichkeiten übergehen. Gemeindetagspräsident Roger Kehle betonte ebenso wie Städtetagspräsident Dieter Salomon die Gemeinwohlfunktion des Waldes. Ein wichtiges Ziel sei es deshalb, so Kehle, diese auch künftig „durch eine angemessene Förderung sicherzustellen“.

Zugleich werden auch die Voraussetzungen für Kommunen, die ihren Wald selbst betreiben und bewirtschaften wollen, erleichtert. Sie müssen künftig keine Körperschaftlichen Forstämter mehr einrichten und müssen auch den Privatwald auf ihrem Gemeindegebiet nicht mehr mithetreiben.

Die verschiedenen Möglichkeiten werden auch Auswirkungen auf die unteren Forstbehörden haben. Deshalb ist bei der künftigen Aufgaben- und Personalverteilung auch ein Risikoausgleich für die Stadt-

und Landkreise vorgesehen. Damit soll das Vorhalten von Personal abgesichert werden. Zugleich ist ein Pakt für forstliche Beschäftigung geplant.

Bund Deutscher Forstleute warnt vor Einsparauflagen

Der Bund Deutscher Forstleute fordert für die Mitarbeiter eine sozialverträgliche Umsetzung der Reform. Zugleich macht der Verband deutlich, dass die neue Struktur nicht mit Einsparauflagen belastet werden dürfe. „Nach

Jahrzehnten massivem Personalabbau muss die Reform als Chance genutzt werden, die Forstverwaltung entsprechend ihrer Aufgaben zu stärken – strukturell und finanziell“, sagte Landesvorsitzender Dietmar Hellmann. Auch bei den Kommunalverbänden sieht man keine Einsparmöglichkeiten, zumal durch das Wegfallen des Einheitsforstamts auch Synergien wegfallen würden.

Vergabe

stik

ing des Verga-
die Statistikda-
gen unterhalb
erhoben wer-
un noch nicht
a eine techni-
dsche Lösung
seite 32

nd nden

n Nicole Hoff-
D) hat den Ne-
s besucht. Die
Arbeitslosigkeit
Kampf um qua-
sen die Unter-
n Raum beson-
hren. Seite 3

services ernet

ierzeit die Digi-
erdiensten vo-
Computerpro-
das Leben von
1-Wesifalen er-
1-Württemberg
kausweise on-
e 9

nüber euer

Maschinen im-
nehmen, stellt
der Staat dann
rhebt. Die alte
steuer könnte
erten warnen:
urde die Wirt-
erfen. Seite 12

Ergebnis

1,7%

nder Sie